

Der Kampf um Adolf Hoffmann.

Die Landeskommission der sozialdemokratischen Parteiorganisation für ganz Preußen will sich von dem Verband Groß-Berlin einen Adolf Hoffmann als Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses nicht aufkotzieren lassen. Die Landeskommission und ihr geschäftsführender Ausschuss haben nach dem sozialdemokratischen Organisationsstatut für Preußen „die Parteigeschäfte im Einverständnis mit dem Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erledigen“. Die Landeskommission besteht aus je einem Mitglied jedes Bezirksverbandes in Preußen. Als geschäftsführender Ausschuss der Landeskommission fungieren der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassierer der Parteiorganisation Groß-Berlins. Diese drei Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses (Vorsitzender Eugen Ernst) sollen am nächsten Sonntag in der Generalversammlung des Verbandes Groß-Berlin abgesetzt und durch drei Radikale ersetzt werden. Vorsitzender soll und wird werden Adolf Hoffmann, der lange, ehe er in das Abgeordnetenhaus gewählt wurde, auch außerhalb Berlins bekannt war unter dem zuerst in sozialdemokratischen Kreisen gebrauchten Beinamen „Zehn-Gebote-Hoffmann“.

Mit diesem Vorsitzenden ist die Landeskommission für Preußen ganz und gar nicht einverstanden. Sie hat am 21. Juni in Berlin getagt und gegenüber den Bestrebungen, den bisherigen geschäftsführenden Ausschuss lediglich deshalb zu beseitigen, weil er der Opposition nicht gefügig ist, die Auffassung vertreten, daß damit nicht zugleich der Landeskommission, die sich mit ihrem bisherigen geschäftsführenden Ausschuss in völliger Uebereinstimmung befindet, eine neue Geschäftsleitung aufgezwungen werden dürfe. In der Gesamtpartei habe man sich verständigt, während des Krieges nur die notwendigen Ersatzwahlen für Funktionäre vorzunehmen. Noch im Juni vorigen Jahres habe sich die Berliner Parteiorganisation auf diesen Standpunkt gestellt. Solange der größte Teil der Parteimitglieder im Felde stehe und am Parteilieben nicht teilnehmen könne, müsse an dieser Auffassung festgehalten werden. Verfahre die Berliner Parteiorganisation jetzt anders, so könne das für die preussische Landesorganisation unmöglich bindend sein. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Landeskommission ist nach wie vor der Auffassung, daß während des Krieges, der den zum Heeresdienst eingezogenen Parteimitgliedern jede Mitbestimmung in den Organisationen unmöglich macht, nur die durch Einberufung von Funktionären notwendigen Ersatzwahlen vorgenommen werden sollen. Diese Auffassung ist seit Kriegsbeginn von der Gesamtpartei vertreten und früher auch von der Berliner Parteiorganisation gutgeheißen worden. Es liegt kein Grund vor, jetzt davon abzugehen, wo der weitaus größte Teil der Mitglieder einberufen ist.“

Die Landeskommission beschließt, daß die gegenwärtige Leitung der preussischen Landesorganisation bis zum nächsten preussischen Parteitag im Amte bleibt. Die gegenwärtige Leitung der preussischen Landesorganisation hat über ihre Tätigkeit diesem Parteitag zu berichten und ist ihm dafür verantwortlich.“

Der erste Absatz der Resolution ist mit 23 gegen 3 Stimmen und der zweite Absatz mit 22 gegen 4 Stimmen angenommen. Der geschäftsführende Ausschuss Preußens enthielt sich der Abstimmung.

Der „Vorwärts“ erwähnt noch, daß man in der Landeskommission „verschiedentlich mit der Einberufung eines preussischen Parteitags, ja eines allgemeinen Parteitags drohte“. Der „Vorwärts“ meint, bisher habe auch die Mehrheit diesen Gedanken als unsinnig und unmöglich verworfen. Daraus kann die Mehrheit erwidern, daß, wenn die Opposition es für möglich hält, in Abwesenheit der Tausende, die in der Front stehen, den geschäftsführenden für Preußen zu beseitigen, es nicht unsinnig und unmöglich erscheint, während des Krieges einen Parteitag abzuhalten. Davor schreckt aber die Opposition zurück, und der „Vorwärts“ sagt, ein Parteitag während des Krieges würde von vornherein zur Farce, zur Scheindemonstration werden: „welche Autorität vermöchten erst die nach Kriegsende einzuberufenden Parteitags zu beanspruchen.“ Trifft das nicht auch zu auf den Plan, am Sonntag Eugen Ernst zu ersetzen durch Adolf Hoffmann?